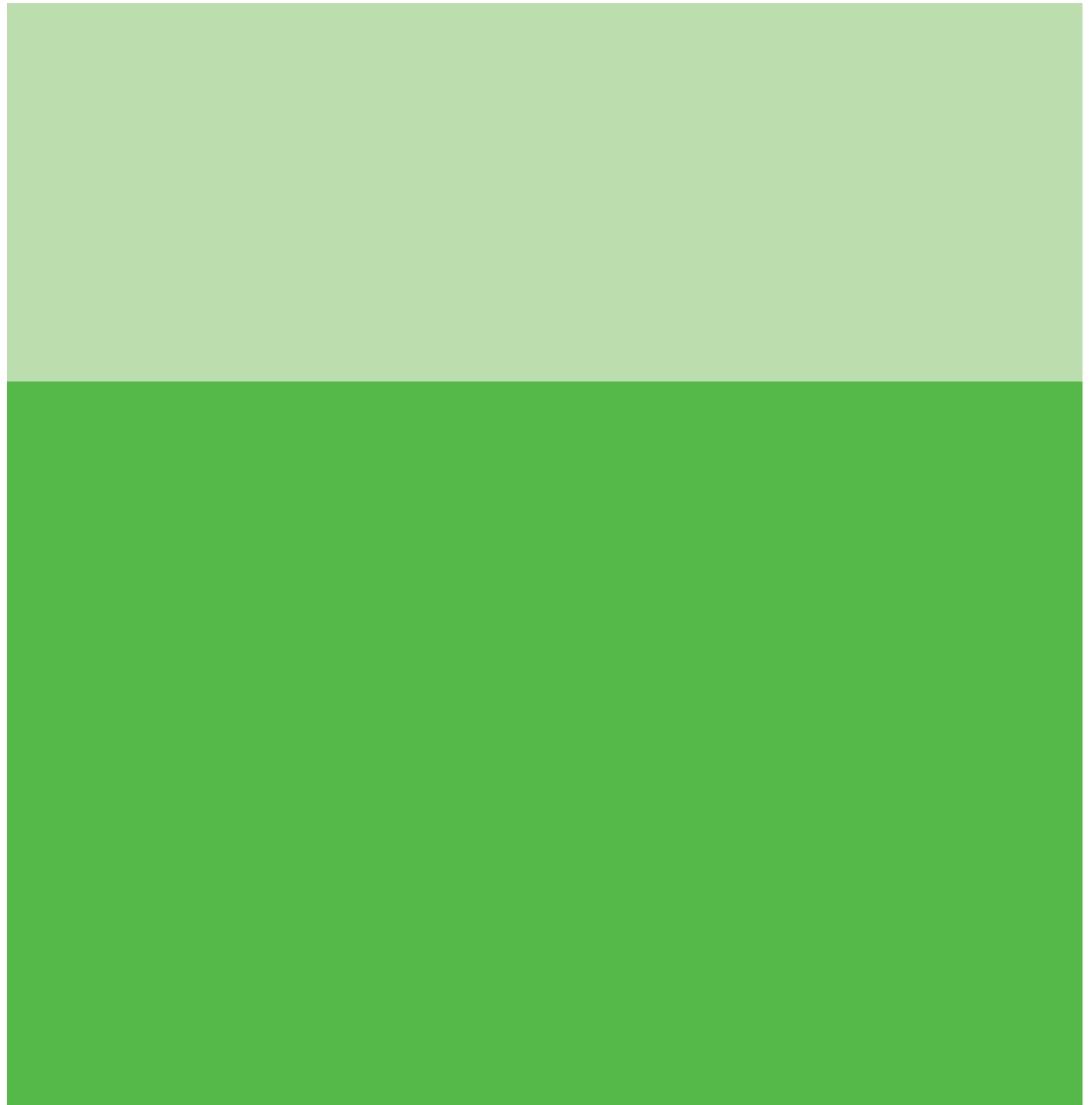




Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen



Der Policy Brief wurde gefördert von der Stiftung Mercator

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland



Zusammenfassung

Drei von fünf Ausländern in Deutschland stammen aus Nicht-EU-Staaten. Anders als Unionsbürger, die bei Kommunal- und Europawahlen mitbestimmen dürfen, sind diese Drittstaatsangehörigen von politischen Willensbildungsprozessen in Form allgemeiner Wahlen ausgeschlossen. Wie eine Analyse des SVR-Forschungsbereichs zeigt, bergen sie jedoch ein wertvolles Potenzial demokratischer Beteiligung, das sich durch Einbürgerungen realisieren lässt: Jeder zweite Ausländer aus einem Drittstaat äußert eine Wahlabsicht bei Bundestagswahlen, wenn er das Wahlrecht hätte. Das entspricht etwa 1,8 Millionen potenziellen Wählern, die von den politischen Parteien mobilisiert werden könnten.

Durch eine Sonderauswertung von Daten aus dem Immigrant Citizens Survey (ICS) Germany mit rund 1.000 befragten Zuwanderern aus Drittstaaten wird in diesem Policy Brief die Wahlbereitschaft von Drittstaatsangehörigen in Deutschland und damit das Beteiligungspotenzial für zukünftige Bundestagswahlen ermittelt.

Die Analyse des SVR-Forschungsbereichs verdeutlicht, dass insbesondere gut integrierte Zuwanderer wählen würden; oft geht Wahlbereitschaft auch mit einem Einbürgerungswunsch einher. Von denjenigen, die wesentliche Einbürgerungsvoraussetzungen bereits erfüllen (65 %), möchte jedoch nur ein kleiner Teil (17 %) den deutschen Pass haben. Der

SVR-Forschungsbereich empfiehlt daher, verstärkt für Einbürgerung zu werben und den Wert der deutschen Staatsangehörigkeit und des Wahlrechts deutlicher herauszustellen. Umgekehrt gilt: Zuwanderer, die sich politisch beteiligen möchten und die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, sollten diese auch beantragen. Darüber hinaus zeigt der Policy Brief, dass die Bereitschaft von Zuwanderern, sich politisch zu beteiligen, auch verstärkt werden kann. Ausschlaggebend dafür sind eine bessere gesellschaftliche Einbindung und eine Verbesserung der Bildungssituation, zum Beispiel durch Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse und Wissen über das politische System und die Lebensverhältnisse in Deutschland.

Die Zuwanderer selbst sehen noch Handlungsbedarf bei der parlamentarischen Repräsentation: Ein Großteil der Drittstaatsangehörigen ist der Ansicht, dass im Deutschen Bundestag mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund vertreten sein sollten. Sie hoffen, dass diese sie besser verstehen und ihre Interessen stärker berücksichtigen; außerdem sehen sie darin ein wichtiges Symbol für Deutschland. Den politischen Parteien kommt somit eine doppelte integrative Aufgabe zu: Zum einen müssen sie die Anliegen und Problemlagen von Zuwanderern erkennen und ernst nehmen; nur so haben sie die Chance, zusätzliche Wähler zu gewinnen. Zum anderen kann eine angemessene parlamentarische Repräsentation das politische Interesse von Zuwanderern steigern.



1. Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft¹

Grundlage einer Demokratie ist, dass die Herrschaft vom Staatsvolk, also von den Bürgern² ausgeht (Schmidt 2000). Dabei sollte die Demokratie inklusiv sein, also möglichst viele Bürger einschließen, und ein möglichst großer Anteil der erwachsenen Bevölkerung sollte die staatsbürgerlichen Rechte besitzen (Barber 1985; Dahl 1989). In einem Einwanderungsland wie Deutschland leben allerdings – dauerhaft oder vorübergehend – auch Menschen, die nicht Bürger im staatsrechtlichen Sinne und somit auch nicht Teil des Staatsvolks sind. Von der Bundestagswahl 2009 waren etwa 8,5 Prozent der volljährigen Bevölkerung Deutschlands ausgeschlossen. Den 62,2 Millionen wahlberechtigten Deutschen standen ca. 5,8 Millionen nicht wahlberechtigte Ausländer über 18 Jahre gegenüber (Der Bundeswahlleiter 2009; Statistisches Bundesamt 2010: 58).³ Auch von der Bundestagswahl 2013 werden schätzungsweise neun Prozent der volljährigen Bevölkerung ausgeschlossen sein (Der Bundeswahlleiter 2013; Statistisches Bundesamt 2012: 59).

Beteiligung von Zuwanderern: demokratisch geboten, integrationspolitisch notwendig

Politische Partizipation leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration von Zuwanderern – verstanden als „möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“ (SVR 2010: 13, 21; Martiniello 2005; Info-Box 1). Die Teilhabe von Zuwanderern an politischen Willensbildungsprozessen ist aber auch demokratietheoretisch von elementarer Bedeutung. Zuwanderer sind Ausländer, solange sie nicht durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. In bestimmten Bereichen haben sie die gleichen Möglichkeiten politischer Partizipation wie Deutsche; dazu gehören Meinungsfreiheit, Petitionsrecht, Versammlungs- und Vereinsfreiheit (Cyrus 2008: 10).⁴ Doch vom aktiven und passiven Wahlrecht sind sie ausgeschlossen – das essenzielle politische Bürgerrecht ist qua Grundgesetz deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Eine Ausnahme bildet die Beteiligungsmöglichkeit von Unionsbürgern bei Kommunal- und Europawahlen. Zuwanderer haben also je nach Status unterschiedliche politische Partizipati-

Info-Box 1 Politische Partizipation

Politische Partizipation umfasst alle Aktivitäten, die Menschen freiwillig unternehmen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen (Barnes/Kaase 1979: 42; Verba/Nie/Kim 1978: 46; Gabriel 2007: 224). Je nachdem, ob die politische Partizipation auf Wahlen ausgerichtet ist oder über diese hinausgeht, wird sie auch als elektoral bzw. nichtelektoral bezeichnet (Roller/Rudi 2008: 252–253). Bei der in diesem Policy Brief untersuchten Beteiligungsbereitschaft von Drittstaatsangehörigen in Bezug auf Bundestagswahlen handelt es sich entsprechend um den Bereich der elektoralen politischen Partizipation.

Um politische Beteiligung zu erklären, werden in der Regel Ressourcen (Bildung, sozialer Status, kognitive Fähigkeiten), politische Werte und Normen sowie gesellschaftliche Netzwerke herangezogen („Civic Voluntarism Model“ nach Verba/Schlozman/Brady 1995). Zur Erklärung der Beteiligungsmuster von Zuwanderern werden darüber hinaus Aspekte im Zusammenhang mit der Migration und dem Herkunftsland untersucht, z. B. soziale Klasse und demokratische Erfahrung, die Art der Zuwanderung, der damit verbundene „Aufnahmekontext“ (Wüst 2002: 51) und die Aufenthaltsdauer sowie der Grad der Integration und die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten (Müssig/Worbs 2012; Ireland 1994).⁵

- 1 Der Forschungsbereich dankt Prof. Dr. Gianni D’Amato und Prof. Dr. Ludger Pries, Mitglieder des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), für die wissenschaftliche Begleitung und ihre Anregungen zu diesem Text. Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der SVR-Forschungsbereich. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) wider.
- 2 Wann immer die männliche Form verwendet wird, schließt dies stets beide Geschlechter ein.
- 3 Angaben nach dem Ausländerzentralregister (AZR).
- 4 Für eine detailliertere Darstellung der Beteiligungsmöglichkeiten s. Müssig/Worbs (2012: 11–12).
- 5 Eine ausführliche Darstellung findet sich u. a. bei Müssig/Worbs (2012: 19–21) und Wüst (2002: 48–54) bzw. allgemein bei Gabriel (2007).



onsmöglichkeiten; Wohn- und Wahlbevölkerung fallen auseinander, da nicht alle Bewohner des Landes zugleich dessen Staatsangehörige sind. Entsprechend hat das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben, dass es notwendig sei, „eine Kongruenz zwischen den Inhabern demokratischer politischer Rechte und den dauerhaft einer bestimmten staatlichen Herrschaft Unterworfenen herzustellen“ (BVerfGE 83, 37 (52)).⁶

Demokratiethoretisch bieten sich zwei Wege an, um diesem Defizit entgegenzuwirken: die Einführung eines Ausländerwahlrechts und die Erleichterung der Einbürgerung (Bauböck 2002; 2005).⁷ Ersteres hat das Bundesverfassungsgericht 1990 in seinem Urteil zum kommunalen Ausländerwahlrecht für verfassungswidrig erklärt (BVerfGE 83, 37 (58)). Ohne eine Verfassungsänderung, betonte das Gericht, bestehe nur die Möglichkeit, Ausländern, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern (BVerfGE 83, 37 (52)). Zugunsten von Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten wurde bereits 1992 die Verfassung geändert: Durch eine Ergänzung von Art. 28 Abs. 1 Grundgesetz haben sie das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen erhalten. Anlass war die Einführung der Unionsbürgerschaft im Rahmen des Maastrichter Vertrags.⁸ Drittstaatsangehörige profitierten hingegen lediglich von Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts: Anfang der 1990er Jahre wurden im Rahmen des Ausländergesetzes und des ‚Asylkompromisses‘ neue Einbürgerungsmöglichkeiten geschaffen und für niedergelassene Ausländer ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung eingeführt (Thränhardt 2008: 8). Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999/2000 wurde darüber hinaus der Anspruch auf Einbürgerung erweitert: Er besteht seither anstatt nach 15 Jahren rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland bereits nach acht Jahren. Damit steht Ausländern auch der Weg zum Wahlrecht offen (Bauböck 2002; Storz/Wilmes 2007b). Unklar ist jedoch, inwiefern sie von diesem Wahlrecht tatsächlich Gebrauch machen würden, wenn sie eingebürgert wären.

Befunde zur Partizipation: Zuwanderer zurückhaltender

Bisher liegen für Deutschland keine Studien vor, die die Wahlbereitschaft von (nicht eingebürgerten) Drittstaatsangehörigen und die dahinterliegenden Ursachen ins Zentrum stellen. Die 2012 vom SVR-Forschungsbereich vorgelegte deutsche Teilstudie des Immigrant Citizens Survey (ICS) zeigt aber, dass Drittstaatsangehörige, auch wenn sie wahlberechtigt wären, sich verhältnismäßig selten tatsächlich an Wahlen beteiligen würden (SVR-Forschungsbereich 2012: 23–24).

Die meisten Studien zur politischen Partizipation von Zuwanderern konzentrieren sich auf das politische Interesse, das Wahlverhalten und die parteipolitischen Präferenzen von Eingebürgerten (u. a. Wüst 2000, 2002, 2004; Müssig/Worbs 2012). Ihnen zufolge sind Zuwanderer politisch weniger interessiert und weniger informiert als Personen ohne Migrationshintergrund (Diehl/Urban 1998; Diehl/Blohm 2001; SVR-Forschungsbereich 2012: 23; SVR 2013: 114–115). Eingebürgerte nehmen ähnlich wie Personen ohne Migrationshintergrund ihr Wahlrecht nicht in vollem Umfang wahr: Zwar geben sie bei Vorwahlbefragungen ähnlich oft wie gebürtige Deutsche an, sie würden bei der nächsten Bundestagswahl wählen gehen; Nachwahlbefragungen zeigen jedoch, dass (zumindest bei der ersten Generation) der Anteil derjenigen, die tatsächlich gewählt haben, geringer ist (Wüst 2002: 166–171; s. auch Müssig/Worbs 2012: 31–32).⁹ Auch die Identifikation mit einer bestimmten Partei ist bei Zuwanderern geringer als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dies hängt jedoch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland ab: Besonders Neuzuwanderer identifizieren sich seltener mit einer politischen Partei in Deutschland, was darauf zurückzuführen ist, dass sie anfangs nur geringe Kenntnisse über das politische System und die Parteienlandschaft besitzen (Kroh/Tucci 2009: 821–823). Insbesondere bei Spät-/Aussiedlern, aber auch bei älteren Eingebürgerten und Katholiken zeigt sich eine etwas stärkere Neigung zu

6 Gegenstand des Urteils war ein Gesetz des Landes Schleswig-Holstein, das langjährig in Deutschland lebenden Ausländern ein kommunales Wahlrecht gewährte, wenn sie aus Staaten stammten, die auf ihrem Staatsgebiet lebenden Ausländern ihrerseits ein Kommunalwahlrecht gewährten (z. B. Dänemark, Schweden).

7 Zur „Auseinandersetzung um politische Rechte in Deutschland“, insbesondere zu Ausländerwahlrecht und Staatsangehörigkeits-erwerb s. D’Amato (2001: 111–136).

8 Das Europäische Parlament hat empfohlen, das kommunale Wahlrecht auf Drittstaatsangehörige auszuweiten. In Deutschland gab es vor allem in der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestellten Bundesregierung (1998–2005) Überlegungen, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Gegenwärtig ist eine Ausweitung des Kommunalwahlrechts aber nicht absehbar, auch wenn einige Kommunal- und Landespolitiker das Thema nach wie vor „auf der politischen Agenda“ haben (Storz/Wilmes 2007a).

9 Im Bereich der nichtelektoralen, also der über Wahlen hinausgehenden politischen Partizipation zeigen sich Zuwanderer ebenfalls zurückhaltender als Personen ohne Migrationshintergrund; dies gilt insbesondere für Zuwanderer der ersten Generation und Zuwanderer aus Drittstaaten bzw. Ausländer (Wüst 2002: 171–176; Diehl 2005a: 301–302; Müssig/Worbs 2012: 36; Müssig 2013; SVR 2013: 113–114).



den Unionsparteien (Wüst 2002: 177–178; Müssig/Worbs 2012: 34–35). Eingebürgerte nichtchristlichen Glaubens, in Deutschland Geborene und Eingebürgerte türkischer Herkunft tendieren hingegen stärker zur SPD oder zu Bündnis 90/Die Grünen (Wüst 2002: 177–182). Weitere Liberalisierungen im Staatsangehörigkeitsrecht würden jedoch keiner Partei deutliche Vorteile verschaffen.¹⁰ Dies gilt sowohl unter der Annahme, dass alle in Deutschland geborenen Kinder von Zuwanderern die deutsche Staatsangehörigkeit und somit das Wahlrecht hätten, als auch unter der Annahme, dass alle Ausländer mit mindestens achtjährigem Aufenthalt in Deutschland eingebürgert wären (Kroh/Tucci 2009).

Die „parlamentarische Präsenz“ (Wüst/Heinz 2009: 215) von Zuwanderern ist seit den 1990er Jahren merklich angestiegen. Dennoch sind sie als Kandidaten und Mandatsträger nach wie vor deutlich unterrepräsentiert (Claro da Fonseca 2006; Schönwälder 2009): Von den Abgeordneten des Deutschen Bundestags der 17. Legislaturperiode haben nur knapp 3 Prozent einen Migrationshintergrund; der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beträgt jedoch fast 20 Prozent (SVR 2010: 189; Engels et al. 2012: 137).¹¹ Die höchsten Anteile an Kandidaten und Parlamentariern mit Migrationshintergrund haben bisher die PDS/Linkspartei (bzw. heute Die Linke) und Bündnis 90/Die Grünen, doch werden mittlerweile auch bei SPD und FDP häufiger entsprechende Kandidaten aufgestellt und in Parlamente gewählt (Claro da Fonseca 2006, 2011; Wüst 2006). Dies stärkt die Ausgangsposition der betreffenden Parteien bei Wählern mit Migrationshintergrund und trägt gleichzeitig zu einer besseren Repräsentation dieser Gruppe bei (Claro da Fonseca 2006).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Zuwanderer sich politisch weniger beteiligen und weniger stark repräsentiert sind als Personen ohne Migrationshintergrund; allerdings bestehen Unterschiede nach Zuwanderergeneration, staatsbürgerlichem Status und Herkunft. Im Folgenden wird vor allem die Wahlbereitschaft untersucht. Bislang mangelt es an Wissen darüber, inwiefern nicht wahlberechtigte Zuwanderer, wenn sie denn wahlberechtigt wären, sich bei einer Bundestagswahl überhaupt beteiligen würden und welche Gründe für ihre Beteiligung oder

Nichtbeteiligung ausschlaggebend sind. Dabei konzentriert sich die Analyse des SVR-Forschungsbereichs auf volljährige Drittstaatsangehörige. Diese Gruppe ist aus verschiedenen Gründen besonders wichtig:

- Drittstaatsangehörige haben generell keine Möglichkeit, sich an politischen Wahlen in Deutschland zu beteiligen.
- Gleichzeitig stellen sie drei Fünftel der in Deutschland lebenden Ausländer (Statistisches Bundesamt 2012: 31–34) und haben somit für die Behebung eines demokratischen Defizits eine erhebliche Bedeutung.
- Sie weisen eine höhere Einbürgerungsbereitschaft auf als Unionsbürger (Diehl 2005b; Worbs 2008).
- Und schließlich stammen sie überwiegend aus weiter entfernten Staaten, in denen nicht immer demokratische politische Systeme bestehen, was ihnen eine Wahlteilnahme im Herkunftsland erschwert oder unmöglich macht.

2. Wahlbereitschaft von Drittstaatsangehörigen

Da Drittstaatsangehörige nicht wahlberechtigt sind, können sie nicht rückblickend nach ihrer Wahlbeteiligung gefragt werden, wie es bei Nachwahlbefragungen der Fall ist. Aus diesem Grund wurde im Immigrant Citizens Survey (ICS) die Frage gestellt „Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?“ (Info-Box 2).¹² Von solchen hypothetischen Fragen kann zwar grundsätzlich nicht direkt auf ein entsprechendes Verhalten geschlossen werden (Schumann 2000: 54), aber immerhin lässt sich aus den Antworten eine Verhaltenstendenz ablesen.

Knapp die Hälfte der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen (48,0 %) äußert eine Bereitschaft zur Teilnahme bei Bundestagswahlen (Abb. 1).¹³ Dies würde etwa 1,8 Millionen zusätzlichen Wählern entsprechen (Statistisches Bundesamt 2012: 59). Ein etwas kleinerer Teil der Befragten (41,8 %) verneint eine entsprechende Bereitschaft.¹⁴ Fast 10 Prozent sind sich unsicher, ob sie an einer Bundestagswahl teilnehmen würden. Männliche und jüngere Befragte geben häufiger als weibliche Befragte und Befragte über 55 Jahren

¹⁰ Entsprechend belegen auch die Analysen von Wüst (2004: 357), dass das Wahlverhalten Eingebürgerter den Ausgang der Bundestagswahl 2002 nicht nennenswert beeinflusst hat.

¹¹ Im Jahr 2009 hatten von 1.825 Abgeordneten in den 16 Landesparlamenten 39 einen Migrationshintergrund (Schönwälder 2010; Engels et al. 2012: 137). Auf Bundes- und Landesebene sind Mandatsträger mit Migrationshintergrund stärker unterrepräsentiert als auf kommunaler und europäischer Ebene (Wüst/Heinz 2009: 207). Mit einem höheren Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in einem Wahlkreis steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Kandidaten mit Migrationshintergrund gewählt werden (Wüst/Saalfeld 2011: 319–320).

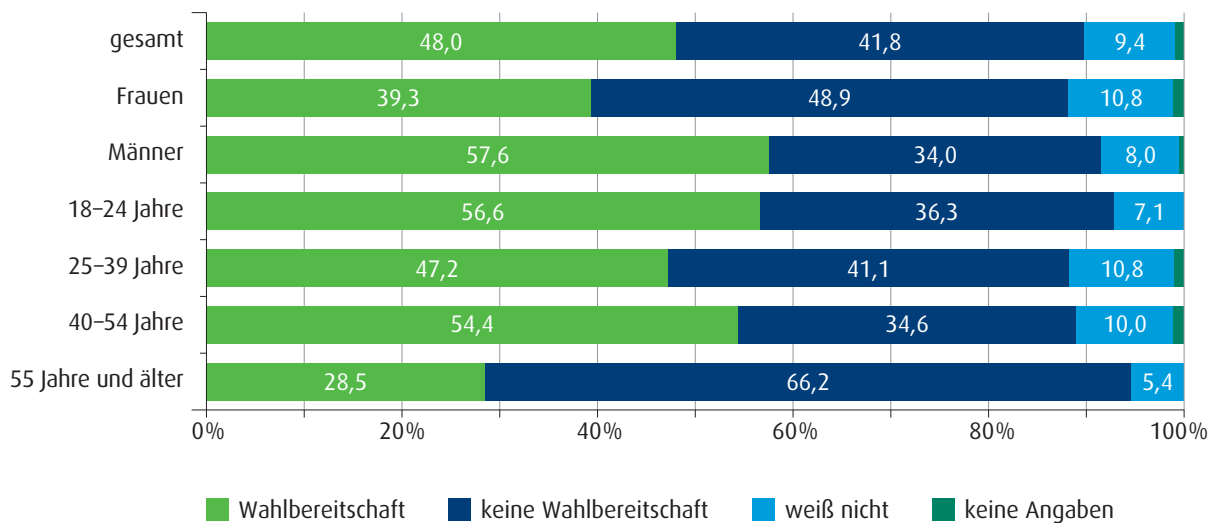
¹² Die Antwortalternativen waren: ja, ich würde wählen; nein, ich würde nicht wählen; weiß nicht; keine Angabe.

¹³ Aufgrund gerundeter Werte addieren sich Prozentwerte in Tabellen und Abbildungen nicht immer genau zu 100 Prozent.

¹⁴ Bei den Anteilen ergeben sich gegenüber der deutschen ICS-Teilstudie des SVR-Forschungsbereichs (SVR-Forschungsbereich 2012) geringfügige Unterschiede, da an dieser Stelle a) auch die „weiß nicht“-Angaben inhaltlich interpretiert werden und b) die Anzahl der ausgewerteten Fälle leicht abweicht (Info-Box 2).



Abb. 1 Wahlbereitschaft von Drittstaatsangehörigen nach Geschlecht und Altersgruppe



Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 995 Befragte. Anteile unter 2 % werden nicht ausgewiesen.
Quelle: ICS; gewichtete Daten

an, dass sie wählen würden. Der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben nicht wählen würden, beträgt bei den Männern nur knapp ein Drittel, bei den Frauen liegt er fast 15 Prozentpunkte höher.¹⁵

Die häufigste Begründung für die Verneinung einer Wahlteilnahme ist allgemein mangelndes Interesse an Politik (48,8 %). Ein knappes Drittel (29,8 %) gibt an, spezifisch an der deutschen Politik kein Interesse zu haben. Als weitere Gründe nennen die Befragten, dass sie meinen, die eigene Stimme mache keinen Unterschied aus (22,0 %), dass sie sich von keiner der Parteien in Deutschland vertreten fühlen (21,1 %) bzw. dass der Aufwand einer Wahlteilnahme zu hoch wäre (9,1 %); für 28,4 Prozent von ihnen sind mindestens zwei dieser Gründe ausschlaggebend. Nur ein kleiner Teil (7,9 %) benennt keinen der vorgegebenen Gründe als entscheidend; insofern muss davon ausgegangen werden, dass es weitere Gründe gibt, die in der Befra-

gung nicht berücksichtigt wurden (SVR-Forschungsbericht 2012: 23).¹⁶

Die Unterschiede in Bezug auf Alter und Geschlecht können unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass männliche und jüngere Befragte in wichtige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere in den Arbeitsmarkt stärker eingebunden sind (SVR 2010: 170–173) und dies auch den Wunsch nach politischer Partizipation erhöht.¹⁷ Entsprechende Unterschiede zwischen den Geschlechtern finden sich auch bei Personen ohne Migrationshintergrund und Eingebürgerten, wenngleich in geringerem Maße (Wüst 2002: 166–169; Müssig/Worbs 2012: 33). Bei den älteren Befragten spielt für die geringere Wahlbereitschaft vermutlich auch eine Rolle, dass sie in ihrem bisherigen Lebensverlauf selten oder gar nicht wählen durften und dies im höheren Alter fortwirkt. Darauf weist auch ihr im Vergleich zu den anderen Altersgruppen

15 Da in der Befragung nur (nicht eingebürgerte) Zuwanderer befragt wurden, liegen keine Vergleichszahlen zu Personen ohne Migrationshintergrund oder Eingebürgerten vor. Anhand einer Wahlstudie (German Longitudinal Election Study) wurde jedoch ermittelt, dass die Wahlbeteiligung von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2009 bei 72 Prozent lag und damit zehn Prozentpunkte unter der von Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund. Die in der Studie ermittelte Gesamtwahlbeteiligung betrug 81 Prozent (Müssig/Worbs 2012: 33–34); die tatsächliche Wahlbeteiligung lag 2009 jedoch lediglich bei 71 Prozent (vgl. Der Bundeswahlleiter 2010). Solche Abweichungen von Umfrageergebnissen gegenüber der tatsächlichen Beteiligung können z. B. auf sozial erwünschtem Antwortverhalten oder Rückerinnerungsproblemen beruhen.

16 Nur Personen, die angaben, dass sie nicht wählen würden, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und sie in Deutschland wählen dürften, erhielten die Frage „Warum würden Sie nicht wählen gehen, selbst wenn Sie es dürften?“. Vorgegebene Gründe (mit der Möglichkeit zu Mehrfachantworten) waren: a) Ich interessiere mich nicht für die deutsche Politik. b) Ich interessiere mich allgemein nicht für Politik. c) Ich fühle mich von keiner politischen Partei in Deutschland vertreten. d) Meine Stimme würde keinen Unterschied machen. e) Ich möchte das Prozedere nicht durchlaufen (d. h. es ist zu kompliziert, zeitaufwändig, teuer). Die Antwortalternativen waren jeweils: ja; nein; weiß nicht; keine Angabe.

17 Dies wird in den weiterführenden Analysen unter gleichzeitiger Kontrolle der Arbeitsmarktintegration und anderer Indikatoren noch genauer geprüft.



Info-Box 2 Die Datengrundlage: Der Immigrant Citizens Survey Germany

Die vorliegende Studie basiert auf den Daten des Immigrant Citizens Survey (ICS) Germany. Dabei handelt es sich um die deutsche Teilstichprobe einer Erhebung, die zwischen Oktober 2011 und Januar 2012 in sieben europäischen Ländern durchgeführt wurde und in der Drittstaatsangehörige die Einwanderungs- und Integrationspolitik in ihrem Aufenthaltsland bewerten sollten. Die länderübergreifende Studie wurde von der Migration Policy Group (MPG) in Brüssel koordiniert; deutscher Projektpartner des ICS-Projekts war der SVR-Forschungsbereich. Die Ergebnisse für Deutschland wurden im Juli 2012 in einem umfassenden Bericht veröffentlicht (SVR-Forschungsbereich 2012).

In Deutschland wurden durch eine einstufige Zufallsauswahl 1.220 Drittstaatsangehörige in Berlin und Stuttgart aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und mittels computergestützter persönlicher Interviews befragt. Die Interviews wurden auf Deutsch, Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch oder Türkisch geführt. Ausgewählt wurden nur aus dem Ausland zugezogene Personen (erste Generation), die mindestens 15 Jahre alt waren, nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staats, der Schweiz, Liechtensteins, Norwegens oder Islands hatten und seit mindestens einem Jahr in der entsprechenden Stadt gemeldet waren. Die beiden Städte wurden ausgewählt, um unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten in Deutschland abzubilden (SVR-Forschungsbereich 2012: 6).¹⁸

Obwohl nach den Auswahlkriterien keine eingebürgerten Personen befragt werden sollten, hatte ein kleiner Teil der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung (auch oder ausschließlich) die deutsche Staatsangehörigkeit.¹⁹ Da in der vorliegenden Studie nur volljährige Drittstaatsangehörige untersucht werden, stehen für die Analysen nach Ausschluss Minderjähriger, eingebürgerter Personen sowie Personen, die laut Vermerk der Interviewer der Befragung vermutlich nicht folgen konnten, 995 Interviews zur Verfügung.

eindeutigeres Antwortverhalten hin: Während überdurchschnittlich viele eine Wahlbereitschaft deutlich verneinen, ist der Anteil derjenigen, die sich unsicher sind, verhältnismäßig gering. Bei den sehr jungen Befragten wird die Wahlbereitschaft durch die in der Schule vermittelten politischen Kompetenzen positiv beeinflusst (Goll et al. 2010).

Bildung und Arbeitsmarkt: Integration begünstigt Wahlbereitschaft

Ein Faktor, der für politische Partizipation eine Rolle spielt, sind die Bildungsressourcen – Schulabschluss, Deutschkenntnisse sowie Kenntnisse des politischen Systems und der Lebensverhältnisse in Deutschland: Die Auswertung des SVR-Forschungsbereichs zeigt, dass sich Drittstaatsangehörige mit einem middle-

ren oder hohen Bildungsabschluss²⁰ eher an einer Bundestagswahl beteiligen würden als Drittstaatsangehörige ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss. Gleiches gilt für Drittstaatsangehörige, die einen Bildungsabschluss in Deutschland erworben haben, gegenüber Drittstaatsangehörigen, die keinen bzw. keinen deutschen Bildungsabschluss aufweisen (Tab. 1).²¹ Darüber hinaus bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Deutschkenntnisse: Vor allem Befragte, die kein oder nur wenig Deutsch sprechen, sind selten bereit zu wählen.²² Eine Rolle spielt auch die Teilnahme an einem Integrationskurs, bei dem außer Deutschkenntnissen auch Wissen über das politische System erworben und in einheitlichen Tests nachgewiesen wird: Personen, die erfolgreich an einem Integrationskurs teilgenommen haben, wollen sich häufiger politisch beteiligen als Personen, die nicht an einem Integrationskurs teilgenommen bzw.

18 Eine methodische Beschreibung der deutschen Stichprobe einschließlich der Ausfallstatistik findet sich im Bericht des SVR-Forschungsbereichs (SVR-Forschungsbereich 2012: 6–12). Die Befragungsdaten, der Fragebogen, länderspezifische Methodenberichte und Präsentationen, der länderübergreifende Projektbericht (Huddleston/Tjaden 2012) und weitere Publikationen der Forschungsergebnisse können auf der Projektwebseite kostenfrei heruntergeladen werden (<http://www.immigrantsurvey.org/downloads.html>, letzter Zugriff: 02.05.2013). Darüber hinaus hat das International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) einen Evaluationsbericht zum Immigrant Citizens Survey vorgelegt (ICMPD 2012). Dieser kann auf der Homepage der König-Baudouin-Stiftung heruntergeladen werden (<http://www.kbs-frb.be/otheractivity.aspx?id=293946&langtype=1033>, letzter Zugriff: 02.05.2013).

19 Hierbei handelt es sich vermutlich um Personen, die in der Zeit zwischen der Auswertung des Einwohnermelderegisters und der Befragung eingebürgert wurden, oder um Personen, die aufgrund von Ausnahmeregelungen bei der Einbürgerung ihre ausländische Staatsangehörigkeit behalten durften und wegen der Angaben in den Melderegistern nicht entsprechend identifiziert werden konnten (SVR-Forschungsbereich 2012: 6).

20 Ein hoher Bildungsabschluss entspricht mindestens Sekundarstufe II (ISCED 3A/3B) (z. B. beruflicher Abschluss, Meister, Fach-/Hochschulreife, Vordiplom, Bachelor, Master, Diplom, Promotion).

21 Es ist davon auszugehen, dass mit steigendem Bildungsniveau auch sozial erwünschtes Antwortverhalten zunimmt, denn diesen Personen ist deutlicher bewusst, dass aktive politische Partizipation gesellschaftlich erwartet wird. Dies gilt für alle Effekte der betrachteten Bildungsvariablen.

22 Zur Einordnung der Deutschkenntnisse wurde die Einschätzung der Interviewer herangezogen.



Tab. 1 Wahlbereitschaft und Bildungsressourcen

Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?	ja, ich würde wählen	nein, ich würde nicht wählen	weiß nicht	keine Angabe
Bildungsniveau				
keine oder geringe Bildung	38,0 %	50,5 %	10,5 %	0,9 %
mittlere oder hohe Bildung	60,9 %	30,6 %	8,0 %	0,5 %
deutscher Bildungsabschluss				
kein Bildungsabschluss oder kein deutscher Bildungsabschluss	43,2 %	46,2 %	9,9 %	0,8 %
deutscher Bildungsabschluss	65,9 %	25,6 %	8,1 %	0,5 %
Einschätzung der Deutschkenntnisse durch Interviewer				
keine oder geringe Deutschkenntnisse	17,1 %	70,9 %	11,1 %	1,0 %
mittlere oder gute Deutschkenntnisse	52,5 %	37,2 %	9,5 %	0,8 %
Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau	69,2 %	23,7 %	7,1 %	0,0 %
Abschluss eines Integrationskurses				
keinen Integrationskurs besucht oder abgeschlossen	45,6 %	45,0 %	8,8 %	0,6 %
Integrationskurs abgeschlossen	52,4 %	37,6 %	8,7 %	1,3 %

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 995 / 982 / 995 / 880 Befragte.

Quelle: ICS; gewichtete Daten

diesen nicht abgeschlossen haben. Eine positive Wirkung der Kursteilnahme auf politische Beteiligung wird dadurch zwar nicht eindeutig belegt. Der Befund zeigt jedoch, dass Sprachkenntnisse und die Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse den Teilhabewunsch begünstigen können. Ob Drittstaatsangehörige sich an Bundestagswahlen beteiligen möchten oder nicht, wird also von allgemeinen, sprachlichen und politischen Bildungsressourcen beeinflusst, die eine Interessen- und Problemartikulation im Aufnahmeland ermöglichen.

Auch die Befunde zur Arbeitsmarktintegration verdeutlichen, dass die Teilhabe in anderen gesellschaftlichen Bereichen für den Wunsch nach politischer Partizipation wichtig ist: Personen, die in irgendeiner

Form aktiv am Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt teilhaben (auch in Schule/Ausbildung oder Freiwilligen-/ Militärdienst), äußern eine deutlich höhere Wahlbereitschaft als Befragte, die (derzeit) nicht aktiv in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einbezogen sind und an diesem zentralen Bereich des gesellschaftlichen Lebens somit nicht partizipieren (Tab. 2).²³

Aufenthalt und Herkunftsland: Perspektive in Deutschland als Basis für Beteiligung

Für den Wunsch nach politischer Teilhabe sind weiterhin eine dauerhafte Lebensperspektive sowie die gegenwärtige Lebenszufriedenheit²⁴ wichtig (Tab. 3).

23 Aktuell nicht aktiv einbezogen sind die betreffenden Personen z. B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, Rente, dauerhafter Krankheit oder Behinderung oder weil sie zur Hausarbeit oder Kinderbetreuung zu Hause bleiben.

24 Die Befragten haben ihre aktuelle Zufriedenheit mit dem eigenen Leben auf einer Skala von 1 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“ selbst eingestuft. Die Werte 1 bis 5 werden hier als „niedrige Lebenszufriedenheit“ angesehen, die Werte 6 bis 10 als „hohe Lebenszufriedenheit“.



Tab. 2 Wahlbereitschaft und Arbeitsmarktintegration

Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?	ja, ich würde wählen	nein, ich würde nicht wählen	weiß nicht	keine Angabe
Partizipation am Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt				
keine aktive Partizipation am Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt	30,6 %	57,7 %	10,5 %	1,2 %
aktive Partizipation am Ausbildungsmarkt	51,7 %	39,2 %	9,2 %	0,0 %
aktive Partizipation am Arbeitsmarkt	59,9 %	32,2 %	7,5 %	0,4 %

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 972 Befragte.

Quelle: ICS; gewichtete Daten

Tab. 3 Wahlbereitschaft und Aspekte des Aufenthalts in Deutschland

Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?	ja, ich würde wählen	nein, ich würde nicht wählen	weiß nicht	keine Angabe
Dauer des Aufenthalts in Deutschland				
bis 10 Jahre	41,5 %	48,2 %	9,5 %	0,8 %
11 bis 20 Jahre	52,8 %	37,5 %	8,9 %	0,8 %
21 Jahre und länger	51,0 %	38,3 %	10,3 %	0,4 %
Alter bei Ankunft in Deutschland				
unter 18 Jahre	59,4 %	30,7 %	9,2 %	0,8 %
18 bis 30 Jahre	46,1 %	43,8 %	9,2 %	0,8 %
31 Jahre und älter	40,4 %	49,0 %	10,2 %	0,4 %
Aufenthaltsstatus				
keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis	30,7 %	58,0 %	11,0 %	0,4 %
unbefristete Aufenthaltserlaubnis	54,3 %	36,0 %	8,9 %	0,8 %
aktuelle Lebenszufriedenheit				
niedrige Lebenszufriedenheit	31,7 %	52,1 %	14,4 %	1,8 %
hohe Lebenszufriedenheit	51,3 %	39,7 %	8,5 %	0,5 %

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 993 / 993 / 992 / 995 Befragte.

Quelle: ICS; gewichtete Daten



Tab. 4 Wahlbereitschaft und Aspekte des Herkunftslands

Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?	ja, ich würde wählen	nein, ich würde nicht wählen	weiß nicht	keine Angabe
Herkunftsland/-region				
Türkei	47,6 %	41,1 %	11,3 %	0,0 %
ehemaliges Jugoslawien (und Albanien)	52,3 %	39,5 %	7,1 %	1,1 %
anderer Staat	45,5 %	44,0 %	9,4 %	1,0 %
politisches System des Herkunftsstaats				
keine Demokratie	47,6 %	41,2 %	10,5 %	0,7 %
Demokratie	49,1 %	43,4 %	6,8 %	0,7 %

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 995 Befragte.

Quelle: ICS; gewichtete Daten

Insbesondere Drittstaatsangehörige, die bereits über zehn Jahre in Deutschland leben, und Drittstaatsangehörige mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis äußern den Wunsch, die Politik des Landes mitbestimmen zu dürfen. Menschen, die schon als Minderjährige nach Deutschland gekommen sind, haben ihren Lebensmittelpunkt bereits seit ihrer Jugend in Deutschland und sind mit der hiesigen Gesellschaft verflochten. Ihre politische Bildung und Sozialisation in Deutschland hat auch ihr Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung demokratischer Teilhabe geschärft (Goll et al. 2010) – das begünstigt den Wunsch nach politischer Beteiligung.

Bei den herkunftslandspezifischen Aspekten zeigen sich nur geringe Unterschiede: Beispielsweise ist die Wahlbereitschaft von Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien etwas stärker ausgeprägt als bei Zuwanderern aus anderen Staaten; außerdem sind sie sich in Bezug auf ihren Beteiligungswunsch etwas seltener unsicher (Tab. 4). Eine Differenzierung nach dem politischen System des Herkunftsstaats²⁵ belegt ebenfalls kaum Unterschiede: Die Wahlbereitschaft ist bei Zuwanderern aus demokratischen und nichtdemokratischen Staaten tendenziell

ähnlich; allerdings sind sich Zuwanderer aus nichtdemokratischen Staaten bezüglich einer Wahlteilnahme etwas häufiger unsicher. Dies lässt sich so interpretieren, dass Personen aus autoritären oder halbautoritären Regimen in ihren Herkunftsstaaten keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten zur politischen Teilhabe haben bzw. hatten und ihre Unsicherheit auf mangelnde Erfahrung mit demokratischen Prozessen zurückgeht.

Partner und Netzwerke: Vorbilder politischer Partizipation

Auch die Staatsangehörigkeit des Partners kann den Wunsch nach politischer Integration beeinflussen. So zeigen die Daten, dass Drittstaatsangehörige, die einen Partner mit deutscher Staatsangehörigkeit haben, eine deutlich stärkere Wahlbereitschaft äußern und hinsichtlich der Wahlbeteiligung weniger unentschieden sind als Drittstaatsangehörige, deren Partner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben (Tab. 5). Möglicherweise funktioniert das bestehende Wahlrecht des Partners als eine Art Vorbild und verstärkt den eigenen Partizipationswunsch.

25 Zur Einordnung des politischen Systems des Herkunftsstaats wird der Economist Democracy Index herangezogen (The Economist Intelligence Unit 2013, The Economist Intelligence Unit 2011). Dabei handelt es sich um einen vergleichsweise einfachen Index, der von der Zeitschrift The Economist berechnet und herausgegeben wurde und anhand verschiedener Indikatoren (Wahlprozess und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur, Bürgerrechte) den Grad der Demokratie in 167 Ländern misst (The Economist Intelligence Unit 2013: 27–39). Die politischen Systeme werden damit eingeteilt in „vollständige Demokratien“, „unvollständige Demokratien“ (hier als demokratische Herkunftsstaaten eingeordnet), „Hybridregime“ und „autoritäre Regime“ (hier als nichtdemokratische Herkunftsstaaten eingeordnet) (The Economist Intelligence Unit 2013: 27–28). Deutschland zählt zu den vollständigen Demokratien und lag in den Jahren 2011 und 2012 auf Platz 14 (The Economist Intelligence Unit 2011: 4; The Economist Intelligence Unit 2013: 3).



Tab. 5 Wahlbereitschaft und Aspekte der deutschen Staatsangehörigkeit bzw. Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke

Würden Sie wählen gehen, wenn morgen eine Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften?	ja, ich würde wählen	nein, ich würde nicht wählen	weiß nicht	keine Angabe
Staatsangehörigkeit des Partners				
kein Partner oder kein deutscher Partner	44,8 %	44,6 %	10,0 %	0,6 %
deutscher Partner	64,0 %	28,5 %	6,4 %	1,2 %
Einbürgerung				
kein Einbürgerungswunsch	44,0 %	46,1 %	9,1 %	0,7 %
Einbürgerungswunsch	58,1 %	32,0 %	9,0 %	0,9 %
Mitgliedschaft in Organisationen				
keine Mitgliedschaft in Organisation	43,3 %	46,0 %	9,9 %	0,8 %
Mitgliedschaft in mindestens einer Organisation	65,9 %	27,6 %	6,5 %	0,0 %

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 989 / 933 / 980 Befragte.

Quelle: ICS; gewichtete Daten

Rund 65 Prozent der befragten Drittstaatsangehörigen könnten sich theoretisch einbürgern lassen.²⁶ Allerdings haben nur ca. 17 Prozent dieser Gruppe einen eindeutigen Einbürgerungswunsch; von denjenigen, die die Voraussetzungen zur Einbürgerung noch nicht erfüllen, sind es knapp 36 Prozent.²⁷ Es zeigt sich, dass Zuwanderer, die eine Einbürgerung anstreben, häufiger an Wahlen teilnehmen möchten als Zuwanderer, die keinen (eindeutigen) Einbürgerungswunsch äußern.²⁸ Dabei ist nicht klar, ob der Wunsch nach Einbürgerung den Wunsch nach politischer Partizipation nach sich zieht oder umgekehrt. Das positive Verhältnis, in dem der Wunsch nach politischer Partizipation und der nach Einbürgerung zueinander stehen, macht aber deutlich, dass es bei einem Einbürgerungswunsch auch um den Wunsch nach rechtlicher und somit politi-

scher Gleichstellung mit Deutschen geht (Weinmann/Becher/Babka von Gostomski 2012: 236–248).²⁹

Weiterhin möchten Zuwanderer aus Drittstaaten sich deutlich öfter an Bundestagswahlen beteiligen, wenn sie in mindestens einer Organisation in Deutschland Mitglied oder engagiert sind.³⁰ Dieser Befund gilt allgemein für politische Teilhabe, nicht nur für Zuwanderer (Info-Box 1). Bei Personen, die in Vereinen und Organisationen Mitglied sind, handelt es sich oftmals um gesellschaftlich stärker eingebundene, engagierte Menschen, die auch politisch aktiv werden wollen. Sie können zu politischen und gesellschaftlichen Fragen oft eindeutiger Stellung beziehen; umgekehrt befähigt die gesellschaftliche und soziale Einbindung sie zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

26 Es wird unterstellt, dass eine Einbürgerung theoretisch möglich ist, wenn die Befragten einen unbefristeten Aufenthaltsstatus haben und seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben.

27 Insgesamt betrachtet haben 24 Prozent einen Einbürgerungswunsch.

28 Ein „eindeutiger Einbürgerungswunsch“ liegt dann vor, wenn die Befragten angeben, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben möchten. „Kein (eindeutiger) Einbürgerungswunsch“ liegt vor, wenn die Befragten nach eigenen Angaben die deutsche Staatsangehörigkeit nicht haben möchten oder sich dessen nicht sicher sind.

29 Differenziert man bei denjenigen, die eine Wahlbereitschaft äußern, nach der Einbürgerungsmöglichkeit, zeigt sich, dass zwar über 72 Prozent von ihnen sich einbürgern lassen könnten, von diesen jedoch nur knapp 23 Prozent einen entsprechenden Wunsch haben.

30 Gemeint sind Mitgliedschaften/Engagement in einer politischen Partei oder einer Gruppierung in der deutschen Politik, einer Gewerkschaft oder einer anderen Organisation/Vereinigung (z. B. Sportverein oder Kulturverein). Keiner der Befragten ist Mitglied in einer Migrantenorganisation (SVR-Forschungsbereich 2012: 24).



Wunsch nach Beteiligung: gute Integration und dauerhafte Perspektive sind zentral

Um besser zu verstehen, warum manche Zuwanderer aus Drittstaaten sich an einer Bundestagswahl beteiligen würden und andere nicht, werden im Folgenden verschiedene Einflussfaktoren im Rahmen einer multivariaten Analyse (logistische Regression) betrachtet. Dazu werden Personen, die eine Wahlbe-

reitschaft äußern, Personen gegenübergestellt, die keine Wahlbereitschaft äußern. Durch Kontrolle verschiedener Einflussgrößen wird geprüft, ob bestimmte Faktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbereitschaft beeinflussen. Damit soll ein umfassenderes Verständnis dieses komplexen Phänomens gewonnen werden.

Abb. 2 stellt die Ergebnisse des logistischen Regressionsmodells vereinfacht dar.³¹ Sie zeigt den Einfluss

Abb. 2 Einfluss verschiedener Faktoren auf die Wahlbereitschaft (Ergebnisse der logistischen Regression)

Wahlbereitschaft (vs. keine Wahlbereitschaft)	
Beobachtetes Merkmal (vs. Referenzkategorie)	Wahlbereitschaft gegenüber Referenzkategorie
Männer (vs. Frauen)	↗
Mittlere/hohe Bildung (vs. keine/geringe Bildung)	↗
Mittlere/gute Deutschkenntnisse (vs. keine/geringe Deutschkenntnisse)	↗
Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau (vs. keine/geringe Deutschkenntnisse)	↗
Integrationskurs abgeschlossen (vs. keinen Integrationskurs besucht/abgeschlossen)	↗
Aktive Partizipation am Ausbildungsmarkt (vs. keine aktive Partizipation am Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt)	—
Aktive Partizipation am Arbeitsmarkt (vs. keine aktive Partizipation am Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt)	↗
Unbefristete Aufenthaltserlaubnis (vs. keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis)	↗
Einbürgerungswunsch (vs. kein Einbürgerungswunsch)	↗
Deutscher Partner (vs. kein Partner/kein deutscher Partner)	↗
Mitgliedschaft in Organisation (vs. keine Mitgliedschaft in Organisation)	↗

Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 731 Befragte. Abhängige Variable: „Wahlbereitschaft“ (0 = keine Wahlbereitschaft, 1 = Wahlbereitschaft); Kodierung einzelner unabhängiger Variablen: s. Anmerkungen zu Tab. 7 im Anhang.

Lesehilfe: Ein aufsteigender Pfeil (↗) bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Wahlbereitschaft zu äußern, für diese Gruppe höher ist als in der Referenzkategorie (vs.), wenn gleichzeitig alle anderen Faktoren im Modell kontrolliert werden. Ein Querstrich (—) bedeutet, dass kein signifikanter Unterschied gegenüber der Referenzkategorie besteht.

Quelle: ICS; gewichtete Daten

31 Im dargestellten Modell werden zugunsten der Übersichtlichkeit nur Faktoren abgebildet, die einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbereitschaft haben. Für interessierte Leser wird in Tab. 6 im Anhang dieses Modell (2) einem Modell (1) mit weiteren Variablen in einer Regressionstabelle gegenübergestellt.

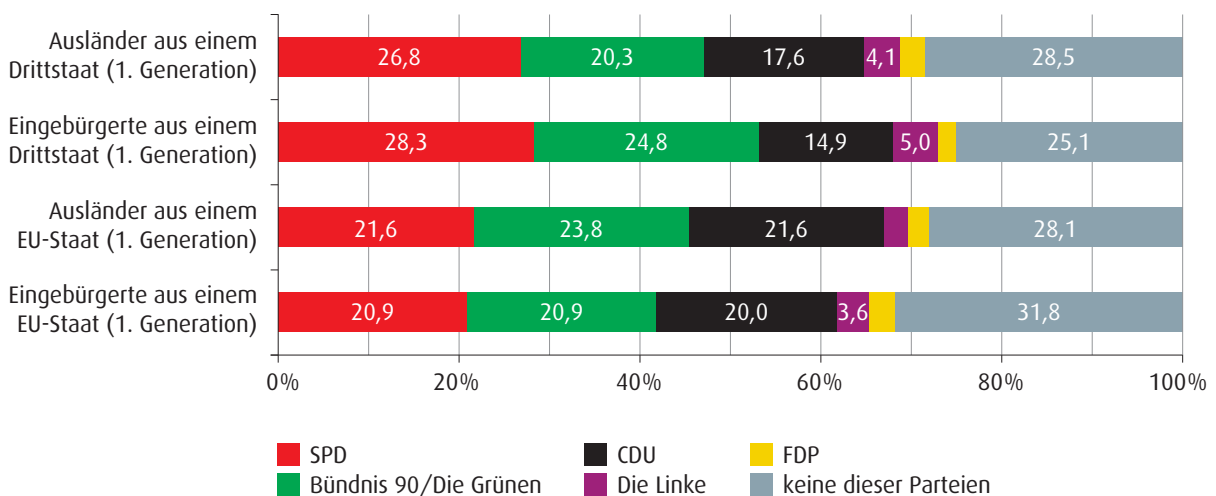


Info-Box 3 Parteipräferenz von Zuwanderern in Deutschland

Mit Hilfe des für das SVR-Jahresgutachten erhobenen SVR-Integrationsbarometers 2012 lassen sich die Parteipräferenzen von Zuwanderern ermitteln (zur methodischen Beschreibung des SVR-Integrationsbarometers s. SVR 2012: 28). Fragt man in Deutschland lebende Zuwanderer der ersten Generation – unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht –, welche der fünf im Bundestag vertretenen (überregionalen) Parteien ihnen am besten gefällt, äußern Zuwanderer aus Drittstaaten eine Präferenz für die SPD, während Zuwanderer aus der EU zu nahezu gleichen Teilen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU präferieren (Abb. 3). Mit den Parteien Die Linke und FDP sympathisiert nur ein kleiner Teil der befragten Zuwanderer (5 bis unter 3 %). Auffällig ist, dass jeweils ca. 30 Prozent der Zuwanderer keine der genannten Parteien eindeutig bevorzugen, einzig bei den Eingebürgerten aus Drittstaaten ist dieser Anteil etwas geringer. Dies liegt wohl auch daran, dass sich etwa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen von keiner Partei in Deutschland vertreten fühlt (s. Abschnitt 3, SVR-Forschungsbereich 2012: 23–24).

Bei den nicht wahlberechtigten Zuwanderern aus Drittstaaten, die in diesem Policy Brief im Fokus stehen, sind die Abstände zwischen den Parteien etwas geringer als bei Eingebürgerten aus Drittstaaten. Zwar bevorzugen auch die nicht Eingebürgerten SPD und Bündnis 90/Die Grünen, diese Präferenz ist jedoch weniger deutlich als bei den Eingebürgerten. Die CDU ist bei Drittstaatsangehörigen, die noch nicht eingebürgert sind, sogar etwas beliebter als bei den aus Drittstaaten stammenden Eingebürgerten. Die Union könnte somit durch die Einbürgerung von bislang nicht wahlberechtigten Drittstaatsangehörigen sogar potenzielle Neuwähler gewinnen. Insgesamt würde die erleichterte Einbürgerung von Zuwanderern jedoch keiner Partei deutliche Vorteile bringen (Kroh/Tucci 2009).

Abb. 3 Parteipräferenzen von Zuwanderern in Deutschland



Anmerkung: Die ungewichtete Anzahl beträgt n = 1.067 Befragte. Anteile unter 3 % werden nicht ausgewiesen.
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

verschiedener Variablen (z. B. Bildungsniveau der Befragten) auf die Absicht, sich an einer Bundestagswahl zu beteiligen. Die wichtigsten Ergebnisse: Zuwanderer mit höherem Bildungsniveau und diejenigen mit mindestens guten Deutschkenntnissen geben mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Wahlabsicht bei Bundestagswahlen an. Bei Männern ist die Absicht, sich an einer Bundestagswahl zu beteiligen, höher als bei Frauen.

Auch Personen, die einen Integrationskurs abgeschlossen haben, zeigen eine höhere Wahlbereitschaft; das lässt insbesondere auf eine positive Wirkung des Orientierungskurses schließen, in dem auch staatsbürgerkundliche Kenntnisse vermittelt werden.³² Die aktive Einbindung in den Arbeitsmarkt begünstigt ebenfalls die Wahlbereitschaft. Bei Personen, die sich in einer (schulischen/beruflichen) Ausbildung befinden, ist da-

32 Dieser Rückschluss basiert darauf, dass die Sprachkenntnisse in dieser Analyse direkt über die Einschätzung der Interviewer kontrolliert werden.



gegen die Wahrscheinlichkeit, sich an einer Bundestagswahl zu beteiligen, nicht signifikant höher als bei Personen, die sich derzeit weder in einer Ausbildung befinden noch aktiv in den Arbeitsmarkt eingebunden sind. Begünstigend wirkt sich auch eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. ein Einbürgerungswunsch aus. Die Staatsangehörigkeit des Partners hat ebenfalls einen Einfluss: Ist der Partner Deutscher und hat somit das Wahlrecht, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Drittstaatsangehörige auch selbst an Bundestagswahlen teilnehmen möchten. Schließlich ist für die Wahlbereitschaft die Einbindung in Netzwerke (Vereine/Organisationen) ausschlaggebend.³³

Diese Befunde belegen, dass insbesondere eine fortgeschrittene Integration und eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive die Absicht begünstigen, sich in Deutschland politisch zu beteiligen. Das bedeutet aber nicht im Umkehrschluss, dass Personen, die keine Beteiligungsbereitschaft äußern, zwangsläufig ‚demokratiefremd‘ sind. Vielmehr ist anzunehmen, dass sie ebenfalls den Wunsch nach politischer Beteiligung entwickeln, wenn sich ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland eröffnet und sie an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben.

3. Parlamentarische Repräsentation von Zuwanderern

Zuwanderer sind in Parlamenten nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Im Bundestag betrug ihr Anteil in der 17. Wahlperiode nur knapp 3 Prozent.

Bundestag: mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund erwünscht

Zwei Drittel der in Deutschland lebenden volljährigen Drittstaatsangehörigen sind der Ansicht, dass im

Deutschen Bundestag mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund vertreten sein sollten (66,9 %). Nur wenige teilen diese Einschätzung ausdrücklich nicht (14,7 %),³⁴ allerdings ist fast ein Fünftel der Befragten bezüglich dieser Frage unsicher (17,9 %).³⁵

Wie verschiedene Analysen zeigen, begünstigen vor allem gute Deutschkenntnisse, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, ein eindeutiger Einbürgerungswunsch und die Mitgliedschaft in (deutschen) Vereinen oder Organisationen den Wunsch, dass Zuwanderer im Parlament stärker vertreten sind.³⁶ Es sind also gerade auch gesellschaftlich gut integrierte Zuwanderer, die sich eine bessere parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund wünschen.

Einen deutlichen Einfluss hat auch die Herkunft der Befragten: Der Wunsch nach mehr Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist bei Zuwanderern aus der Türkei am höchsten. Auch bei Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ist er höher als bei Zuwanderern aus anderen Herkunftsländern. Darüber hinaus äußern Menschen aus nichtdemokratischen Herkunftstaaten mit höherer Wahrscheinlichkeit einen entsprechenden Wunsch als Menschen aus demokratischen Staaten. Zuwanderer, die mit ihrem aktuellen Leben nicht zufrieden sind, sind ebenfalls eher der Meinung, es solle mehr Parlamentarier mit Migrationshintergrund geben. Zum einen kann angenommen werden, dass Politiker mit Migrationshintergrund für migrations- bzw. integrationsspezifische Belange sensibilisiert sind, weil sie häufig selbst entsprechende Erfahrungen oder Bindungen haben. Zum anderen werden sie wegen ihres Migrationshintergrunds oft automatisch auf Integrations- oder Migrationsthemen festgelegt. Entsprechend wird erwartet, dass sie sich, für bessere Lebensverhältnisse bzw. Chancengleichheit von Zuwanderern in Deutschland einsetzen, aber auch für bessere Verhältnisse in den Herkunftsländern (Wüst/Heinz 2009; Wüst/Saalfeld 2011; Wüst/Schmitz 2010; Caballero 2009: 177–178).

33 Weitere Variablen wie Alter, Aufenthaltsdauer (jeweils in Jahren) und Alter bei Ankunft haben bei gleichzeitiger Kontrolle mehrerer Faktoren keinen signifikanten Einfluss auf die Bereitschaft oder den Wunsch, an Bundestagswahlen teilzunehmen (s. Modell 1 in Tab. 6 im Anhang). Gleiches gilt für die Frage, ob ein Bildungsabschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde (oder gar nicht); das ist vermutlich auf den deutlichen Einfluss von Bildungsniveau und Deutschkenntnissen im Modell zurückzuführen. Im Rahmen der Analysen wurde in einem vorangegangenen Modell auch geprüft, inwieweit das „theoretische Einbürgerungspotenzial“ – gebildet aus dem Aufenthaltsstatus (befristet/unbefristet) und einem für einen Anspruch auf Einbürgerung notwendigen Mindestaufenthalt von 8 Jahren – einen Einfluss hat. Diese Variable wurde jedoch nach statistischen Tests ausgeschlossen, da sie stark mit der Variable „unbefristete Aufenthaltserlaubnis“ korreliert. Der Einbezug anderer Variablen (z. B. erster Aufenthaltsstatus in Deutschland, Wunsch nach unbefristeter Aufenthaltserlaubnis) in ein Regressionsmodell wurde aufgrund zu geringer Fallzahlen verworfen.

34 Die Frage lautete: „Denken Sie, dass wir mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Bundestag brauchen?“ Antwortalternativen waren: ja, definitiv; eher ja; eher nein; nein, definitiv nicht; weiß nicht; keine Angabe.

35 Dieser verhältnismäßig hohe Anteil derjenigen, die sich unsicher sind, kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die Einschätzung nicht in Relation zur gewünschten Repräsentation anderer gesellschaftlicher Gruppen im Parlament abgefragt wurde. Ein geringer Teil (0,5 %) der Befragten macht zu dieser Frage keine Angaben.

36 Unter anderem wurde eine logistische Regressionsanalyse durchgeführt, in der der Wunsch nach mehr Abgeordneten mit Migrationshintergrund die abhängige Variable bildete. Die Ergebnisse der Analysen können auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden.



Kandidaten: Herkunft allein nicht ausschlaggebend

Trotz des deutlichen Wunsches nach mehr Abgeordneten mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass die Herkunft allein nicht ausschlaggebend für die Wahlentscheidung ist. Nur etwa ein Drittel (33,8 %) derjenigen, die diesen Wunsch haben, würde Kandidaten mit Migrationshintergrund tatsächlich auch eher wählen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass ein Kandidat nicht allein wegen seines Migrationshintergrunds die Stimmen von Zuwanderern aus Drittstaaten erhalten würde (SVR-Forschungsbereich 2012: 27); für die Wahlentscheidung geben letztlich andere Kriterien den Ausschlag. Die Gründe für den Wunsch nach stärkerer parlamentarischer Repräsentation sind eher subjektiver Natur: Drei Viertel der Befragten (74,8 %) geben an, dass sie sich von Volksvertretern mit Migrationshintergrund besser verstanden fühlen; fast zwei Drittel (64,5 %) sehen ihre Interessen durch Zuwanderer besser vertreten. Viele sind außerdem der Meinung, dass eine entsprechende Repräsentation im Parlament ein wichtiges Symbol für Deutschland wäre (56,4 %).³⁷

Die Wahl von Zuwanderern als Politiker hängt mit zahlreichen weiteren Faktoren zusammen: Männer (39,8 %), Ältere (40–54 Jahre: 40,9 %; ab 55 Jahre: 36,3 %) und Zuwanderer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus (36,8 %) neigen eher dazu, Kandidaten mit Migrationshintergrund zu wählen, als Frauen (27,7 %), Jüngere (18–24 Jahre: 23,8 %; 25–39 Jahre: 29,9 %) und Zuwanderer mit befristetem Aufenthaltsstatus (20,3 %). Sehr auffällig ist, dass Zuwanderer, die mit ihrem Leben aktuell unzufrieden sind, Kandidaten mit Migrationshintergrund deutlich häufiger ihre Stimme geben würden (49,5 %) als diejenigen mit hoher Lebenszufriedenheit (30,5 %). Ursächlich dafür kann auch hier die Hoffnung auf ein höheres ‚Problembewusstsein‘ für migrations- und integrationspezifische Belange sein. Menschen aus der Türkei oder einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien würden nur geringfügig öfter Zuwanderer ins Parlament wählen (je ca. 35 %) als in Deutschland lebende Angehörige anderer Staaten (31,3 %). Bei einbürgerungswilligen Zuwanderern wird die Wahlentscheidung nicht durch die Herkunft der Kandidaten bestimmt: Nur jeder fünfte Drittstaatsangehörige mit Einbürgerungswunsch würde bei einer Wahl eher für Kandidaten mit Migrationshintergrund stimmen (22,0 % gegenüber

37,1 % bei Personen ohne Einbürgerungswunsch). Das Bildungsniveau spielt für die Frage, ob eher Abgeordnete mit Migrationshintergrund gewählt würden, kaum eine Rolle.³⁸

Der deutliche Wunsch nach mehr Repräsentanten mit Migrationshintergrund muss von den Parteien ernst genommen werden, insbesondere von denen, die bislang kaum Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt haben – nicht zuletzt wegen der symbolischen Wirkung, die dem zugeschrieben wird. Somit geht es bei Fragen der Repräsentation und Wahl weniger um ‚Klientelpolitik‘ für Menschen mit Migrationshintergrund als um eine angemessene gesellschaftliche und politische Repräsentation.

4. Fazit

Von der Bundestagswahl 2009 waren etwa 8,5 Prozent der volljährigen Bevölkerung Deutschlands (ca. 5,8 Millionen EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige) ausgeschlossen. Auch bei der Bundestagswahl 2013 werden es wieder schätzungsweise neun Prozent sein. Unter den nicht wahlberechtigten Ausländern gibt es jedoch ein großes Wählerpotenzial. Wie in diesem Policy Brief gezeigt wurde, gibt jeder zweite Ausländer aus einem Drittstaat (48 %) an, dass er bei einer Bundestagswahl wählen gehen würde, wenn er das Wahlrecht hätte. Dies entspricht einem Beteiligungspotenzial von etwa 1,8 Millionen zusätzlichen Wählern allein in dieser Zuwanderergruppe.

Die detaillierte Analyse des SVR-Forschungsbereichs zeigt, dass für den Wunsch, sich politisch zu beteiligen, Bildungsressourcen und Arbeitsmarktintegration von zentraler Bedeutung sind: Wer einen höheren Schulabschluss, bessere Deutschkenntnisse oder mehr Wissen über das politische System und die Lebensverhältnisse in Deutschland hat, möchte eher wählen. Beteiligungsbereitschaft geht also mit wichtigen Merkmalen der Integration einher. Auch die Möglichkeit, langfristig ein Leben in Deutschland zu planen, ist ausschlaggebend: Wer aufgrund einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis eine dauerhafte Lebensperspektive hat und sich einbürgern lassen will, möchte auch die Politik des Landes mitbestimmen.

Dauerhaftigkeit und Integration sind also entscheidende Faktoren für den Wunsch nach politischer Beteiligung von Zuwanderern. Das bedeutet aber nicht, dass im Umkehrschluss Personen, die keine Beteiligungsbereitschaft zeigen, auch keine Integration zeigen.

37 Nur Personen, die angaben, dass (definitiv/eher) mehr Bundestagsabgeordnete einen Migrationshintergrund haben sollten, erhielten die Frage „Warum unterstützen Sie diese Idee?“. Vorgegebene Gründe waren (mit der Möglichkeit zu Mehrfachantworten): a) Es ist ein wichtiges Symbol für Deutschland; b) Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund verstehen Migranten besser; c) Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund vertreten besser die Interessen von Migranten; d) Ich würde Kandidaten mit Migrationshintergrund eher wählen. Antwortalternativen waren jeweils: ja; nein; weiß nicht; keine Angabe. 65,0 Prozent benennen mindestens zwei der vier vorgegebenen Gründe als ausschlaggebend. Kaum ein Befragter (0,3 %) gibt keine der genannten Begründungen an.

38 Personen ohne Bildungsabschluss bzw. mit geringer Bildung: 33,2 Prozent; Personen mit mittlerer bzw. hoher Bildung: 34,6 Prozent.



reitschaft äußern, zwangsläufig ‚demokratiefreier‘ sind. Fehlende Beteiligungsbereitschaft scheint nicht Ausdruck einer verfestigten politischen Apathie (Diehl/Blohm 2001), sondern eher ein strukturelles Problem zu sein. Dem Wunsch nach politischer Beteiligung sind in der Regel Bildungs- und Arbeitsmarktintegration vorgelagert. Wenn sich diesen Menschen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland eröffnet, sie an anderen zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben und dadurch das Gefühl der Zugehörigkeit zu Gesellschaft und politischem System steigt, werden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls den Wunsch nach politischer Beteiligung entwickeln. Das Beteiligungspotenzial bei den in Deutschland lebenden Zuwanderern geht also noch über die hier ermittelten Werte hinaus.

Die Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke und vor allem die Verbesserung der Bildungssituation begünstigen politische Beteiligung. Das bestätigt u. a. der positive Einfluss eines abgeschlossenen Integrationskurses, in dem neben Deutschkenntnissen auch staatsbürgerkundliches Wissen erworben wird. Der SVR-Forschungsbereich empfiehlt, sowohl sprachliche als auch gesellschaftspolitische Kompetenzen weiter zu stärken, da sie zu den Grundlagen gesellschaftlicher Integration und somit auch demokratischen Bewusstseins und politischer Partizipation gehören.

Politischer Apathie durch Repräsentation entgegenwirken

Auch im Bereich der politischen Vertretung von Zuwanderern besteht Handlungsbedarf: Selbst gut integrierte Zuwanderer, die ihr Leben dauerhaft auf Deutschland ausrichten, wünschen sich eine bessere parlamentarische Repräsentation. Hier kommt den Parteien eine wichtige integrative Aufgabe zu: Sie können politischer Apathie bei Zuwanderern entgegenwirken – indem sie deutlich machen, dass sie deren Anliegen und Bedürfnisse erkennen und ernst nehmen. Dies kann durch Aufstellung geeigneter Kandidaten im Rahmen des innerparteilichen Wettbewerbs wirksam symbolisiert werden. Darüber hinaus müssen die Parteien sich auch generell um die Anliegen und Problemlagen von Zuwanderern kümmern und dürfen diese Aufgabe nicht nur an Kandidaten mit Migrationshintergrund delegieren. Nur wenn die Parteien Zuwanderer ernst nehmen, haben sie die Chance, zusätzliche Wähler zu gewinnen.

Mobilisierungspotenzial für politische Parteien

Für die Politik bedeutet dies: Gut integrierte Drittstaatsangehörige mit einer dauerhaften Lebensperspektive in Deutschland bieten ähnlich wie EU-Bürger ein beträchtliches „politisches Mobilisierungspotenzi-

al“ (SVR 2013: 115). Aufgrund ihrer Wahlbereitschaft könnten sie von allen politischen Parteien als zukünftige Wähler gewonnen werden. Die Analyse des SVR-Forschungsbereichs belegt: Wer sich beteiligen will, hat oft auch einen Einbürgerungswunsch. Allerdings ist gerade unter denjenigen, die tatsächlich wesentliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, dieser Wunsch verhältnismäßig gering. Die Politik sollte daher Zuwanderer verstärkt zur Einbürgerung auffordern und deutlicher den Wert der deutschen Staatsangehörigkeit herausstellen, die auch das Wahlrecht mit sich bringt. Umgekehrt sollten Zuwanderer, die sich politisch beteiligen möchten und die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, ihrerseits auch eine Einbürgerung beantragen.

Staatsangehörigkeitsrecht weiterentwickeln

Die Politik könnte einen wichtigen Beitrag zur politischen Integration von Zuwanderern leisten, indem sie das Einbürgerungsrecht weiter öffnet. Die politischen Parteien sind sich jedoch in der Frage nach weiteren Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht nach wie vor uneinig. Die Befürchtung, infolge verstärkter Einbürgerungen bei Wahlen schlechter abzuschneiden, ist allerdings unbegründet: Zuwanderer orientieren ihre Wahlentscheidungen vor allem daran, ob sie sich von Parteien und Kandidaten verstanden und angemessen vertreten fühlen. Parteien, die Zuwanderer und ihre Anliegen ernst nehmen, können dadurch also ihre Ausgangsposition verbessern. Durch einbürgerungswillige Zuwanderer, die sich aktiv an Wahlen beteiligen möchten, kann die Diskrepanz zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung verringert werden. Nichtsdestotrotz wird die Möglichkeit zur Einbürgerung allein dieses Problem in den nächsten Jahrzehnten nicht lösen – das Schließen der Schere würde nach den aktuellen Einbürgerungszahlen 70 Jahre dauern (Jungnickel 2013). Einbürgerungen sind vor allem notwendig für die ‚elektorale Integration‘ von Ausländern, die schon länger in Deutschland leben. Für nachgeborene Generationen nicht eingebürgerter Zuwanderer ist der dauerhafte Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit qua Geburt ein geeigneteres Mittel. Die derzeit gültige Optionsregelung ist umstritten; sie wird in Zukunft nicht in allen Fällen zum dauerhaften Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit führen und bringt rechtliche und integrationspolitische Probleme mit sich. Folglich sollte das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht dahingehend weiterentwickelt werden, dass es den Anforderungen einer modernen Zuwanderungsgesellschaft gerecht wird.



Anhang

Tab. 6 Einfluss verschiedener Faktoren auf die Wahlbereitschaft (Ergebnisse der logistischen Regression Modell 1 und Modell 2)

unabhängige Variablen	Wahlbereitschaft = 1 (keine Wahlbereitschaft = 0)			
	Modell 1		Modell 2	
	Odds Ratio	Standardfehler	Odds Ratio	Standardfehler
Frauen	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Männer	2,10 ^{***}	0,19	2,06 ^{***}	0,18
Alter (in Jahren)	0,98	0,02	–	–
keine oder geringe Bildung	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
mittlere oder hohe Bildung	2,59 ^{***}	0,24	2,53 ^{***}	0,20
kein Bildungsabschluss oder kein deutscher Bildungsabschluss	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
deutscher Bildungsabschluss	1,15	0,35	–	–
keine oder geringe Deutschkenntnisse	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
mittlere oder gute Deutschkenntnisse	3,81 ^{***}	0,27	3,75 ^{***}	0,26
Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau	3,41 ^{**}	0,42	3,29 ^{**}	0,38
keinen Integrationskurs besucht oder abgeschlossen	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Integrationskurs abgeschlossen	1,78 ^{**}	0,22	1,80 ^{**}	0,21
keine aktive Partizipation am Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
aktive Partizipation am Ausbildungsmarkt	1,18	0,39	1,17	0,35
aktive Partizipation am Arbeitsmarkt	1,68 [*]	0,22	1,76 ^{**}	0,21
Aufenthaltsdauer (in Jahren)	1,01	0,02	–	–
unter 18 Jahre bei Ankunft	Ref.	Ref.	–	–
18 bis 30 Jahre bei Ankunft	1,49	0,36	–	–
31 Jahre und älter bei Ankunft	2,63	0,56	–	–
keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
unbefristete Aufenthaltserlaubnis	3,30 ^{***}	0,26	3,18 ^{***}	0,23
aktuelle Lebenszufriedenheit	1,02	0,06	–	–



unabhängige Variablen	Wahlbereitschaft = 1 (keine Wahlbereitschaft = 0)			
	Modell 1		Modell 2	
	Odds Ratio	Standardfehler	Odds Ratio	Standardfehler
anderer Staat	Ref.	Ref.	–	–
Türkei	1,06	0,28	–	–
ehemaliges Jugoslawien (und Albanien)	1,18	0,27	–	–
Herkunftsstaat keine Demokratie	Ref.	Ref.	–	–
Herkunftsstaat Demokratie	0,90	0,24	–	–
kein Einbürgerungswunsch	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Einbürgerungswunsch	2,83***	0,24	2,82***	0,23
kein Partner oder kein deutscher Partner	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
deutscher Partner	1,71*	0,25	1,73*	0,24
keine Mitgliedschaft in Organisation	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Mitgliedschaft in mindestens einer Organisation	2,02**	0,23	1,94**	0,22
Konstante	0,25***	0,69	0,03***	0,33
n	723		731	
-2 Log-Likelihood	775,916		788,395	
Pseudo-R ² :				
Nagelkerke	0,36		0,35	
Cox & Snell	0,27		0,26	

Anmerkung: Ref. = Referenzkategorie; Signifikanzniveau: *** $p \leq .001$; ** $p \leq .01$; * $p \leq 0.05$; Odds Ratio = Chancenverhältnis (vereinfachte Lesehilfe: die Wahlbereitschaft von Männern ist doppelt so hoch wie die Wahlbereitschaft von Frauen). Kodierung einzelner unabhängiger Variablen: kein oder geringer Bildungsabschluss = kein Abschluss bzw. Abschluss unter Sekundarstufe II (ISCED 0, 1, 2); mittlerer oder hoher Bildungsabschluss = Abschluss mindestens Sekundarstufe II (ISCED 3, 4, 5) (jeweils der höchste in Deutschland oder einem anderen Land erworbene Bildungsabschluss); kein (deutscher) Bildungsabschluss = kein Schulabschluss bzw. kein deutscher Schulabschluss; deutscher Bildungsabschluss = Schulabschluss in Deutschland; Deutschkenntnisse: jeweils Einschätzung der Interviewer; keinen Integrationskurs besucht/abgeschlossen = keinen Integrationskurs besucht oder Integrationskurs besucht, aber nicht abgeschlossen; Integrationskurs abgeschlossen = Integrationskurs besucht und abgeschlossen; keine aktive Partizipation am Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt = arbeitslos (aktiv suchend/nicht aktiv suchend), dauerhaft krank/behindert, in Rente, Hausarbeit, Versorgung von Kindern oder anderen Personen; aktive Partizipation am Ausbildungsmarkt = in Schule, Ausbildung, Universität; aktive Partizipation am Arbeitsmarkt = in bezahlter Beschäftigung, im Freiwilligen-/Militärdienst; aktuelle Lebenszufriedenheit = Selbsteinstufung (Skala von 1 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“); Herkunftsstaat keine Demokratie = autoritäres Regime oder Hybridregime (nach Economist Democracy Index 2012); Herkunftsstaat Demokratie = unvollständige oder vollständige Demokratie (nach Economist Democracy Index 2012); kein Einbürgerungswunsch = kein Einbürgerungswunsch oder unsicher; Einbürgerungswunsch = eindeutiger Einbürgerungswunsch; kein/e deutsche/r Partner/in = kein/e (Ehe-)Partner/in oder (Ehe-)Partner/in ist nicht Deutsche/r; deutsche/r Partner/in = (Ehe-)Partner/in ist Deutsche/r; keine Mitgliedschaft in Organisation = in keiner politischen Partei/Gruppierung in der deutschen Politik, Gewerkschaft oder anderen Organisation/Vereinigung in Deutschland Mitglied; Mitgliedschaft in Organisation = Mitglied in mindestens einer politischen Partei/Gruppierung in der deutschen Politik, Gewerkschaft oder anderen Organisation/Vereinigung in Deutschland.

Quelle: ICS; gewichtete Daten



Literatur

- Barber, Benjamin* 1985: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age, Berkeley/Los Angeles.
- Barnes, Samuel K./Kaase, Max* 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills.
- Bauböck, Rainer* 2002: Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. IWE Working Paper 35, Wien.
- Bauböck, Rainer* 2005: Expansive Citizenship: Voting Beyond Territory and Membership, in: Political Science and Politics, 38: 4, 683–687.
- Caballero, Claudio* 2009: Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern, Wiesbaden.
- Claro da Fonseca, Sara* 2006: Neue Bürger – neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen, in: WZB Mitteilungen, 114, 32–35.
- Claro da Fonseca, Sara* 2011: New Citizens – New Candidates? Candidate Selection and the Mobilization of Immigrant Voters in German Elections, in: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hrsg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies, Abingdon, Oxon, 109–127.
- Cyrus, Norbert* 2008: Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern. (http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Cyrus_Politische_Partizipation.pdf, 24.10.2012)
- D'Amato, Gianni* 2001: Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, Münster/Hamburg/London.
- Dahl, Robert A.* 1989: Democracy and its Critics, New Haven/London.
- Der Bundeswahlleiter* 2009: Bundestagswahl 2009: 62,2 Millionen Wahlberechtigte. Pressemitteilung 16. Februar 2009. (http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/06anzahl_wahlberechtigte.html, 05.03.2013)
- Der Bundeswahlleiter* 2010: Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2009. (http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/77_Repr_WStat.html, 24.10.2012)
- Der Bundeswahlleiter* 2013: 61,8 Millionen Wahlberechtigte. Pressemitteilung 21. Februar 2013. (http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13001_Wahlberechtigte.html, 06.05.2013)
- Diehl, Claudia* 2005a: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenz, in: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituationen italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden, 291–308.
- Diehl, Claudia* 2005b: Wer wird Deutsche/r und warum? Determinanten der Einbürgerung türkisch- und italienischstämmiger Jugendlicher, in: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden, 309–335.
- Diehl, Claudia/Blohm, Michael* 2001: Apathy, Adaptation or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 27: 3, 401–420.
- Diehl, Claudia/Urban, Julia* 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Engels, Dietrich/Köller, Regine/Koopmans, Ruud/Höhne, Jutta* 2012: Zweiter Integrationsindikatorenbericht, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Köln/Berlin.
- Gabriel, Oscar W.* 2007: Politische Partizipation, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 224–226.
- Goll, Thomas/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg/Eck, Valentin* 2010: Politisches Wissen zur Demokratie von Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund (POWIS-Studie), in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen, Bonn, 21–48.
- Huddleston, Thomas/Tjaden, Jasper Dag* 2012: Immigrant Citizens Survey. How Immigrants Experience Integration in 15 European Cities, Brüssel.
- ICMPD* 2012: Evaluation of the Immigrant Citizens Survey (ICS), Wien.
- Ireland, Patrick* 1994: The Policy Challenge of Ethnic Diversity, Cambridge.



Jungnickel, Martin 2013: Optionsregelung. Zahlen, Fakten, Stichpunkte zur Bundestagsinnenausschusssitzung am 13. März 2013. Ausschussdr. 17(4)674E, Darmstadt/Berlin.

Kroh, Martin/Tucci, Ingrid 2009: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 47, 821–827.

Martiniello, Marco 2005: Political Participation, Mobilisation and Representation of Immigrants and their Offspring in Europe, Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration and Ethnic Relations, Malmö.

Müssig, Stephanie 2013: Politische Partizipation von Migranten: Beeinflussen politische Rechte ihre politische Aktivität? Vortrag am 7. März 2013 bei der DGD-Jahrestagung „Soziale Ungleichheit und demografischer Wandel“ vom 06.–08.03.2013 in Berlin (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin.

Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Nürnberg.

Roller, Edeltraud/Rudi, Tatjana 2008: Explaining Level and Equality of Political Participation: The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analysis of the European Social Survey 2002, Leiden, 251–283.

Schmidt, Manfred G. 2000: Demokratietheorien, Op-laden.

Schönwälder, Karen 2009: Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure, in: PVS, 50: 4, 832–849.

Schönwälder, Karen 2010: Einwanderer in Räten und Parlamenten, in: APuZ, 46–47, 29–35.

Schumann, Siegfried 2000: Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren, München/Wien.

Statistisches Bundesamt 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2009. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2012: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2011. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.

Storz, Henning/Wilmes, Bernhard 2007a: Politische Partizipation in der Kommune. (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56482/in-der-kommune?p=all>, 31.07.2013)

Storz, Henning/Wilmes, Bernhard 2007b: Wahlrecht und Einwanderung. (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56481/wahlrecht>, 31.07.2013)

SVR-Forschungsbereich 2012: Deutsche Integrationsmaßnahmen aus der Sicht von Nicht-EU-Bürgern. Die Ergebnisse des Immigrant Citizens Survey für Deutschland, Berlin.

SVR 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR 2012: Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR 2013: Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer, Berlin.

The Economist Intelligence Unit 2011: Democracy Index 2011. Democracy Under Stress. A Report from the Economist Intelligence Unit, London/New York/Hong Kong.

The Economist Intelligence Unit 2013: Democracy Index 2012. Democracy at a Standstill. A Report from the Economist Intelligence Unit, London/New York/Hong Kong/Genf.

Thränhardt, Dietrich 2008: Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Verba, Sidney/Nie, Norman H./Kim, Jae-On 1978: Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, Cambridge.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London.

Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian 2012: Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, Nürnberg.

Worbs, Susanne 2008: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland, Nürnberg.



Wüst, Andreas M. 2000: New Citizens – New Voters? Political Preferences and Voting Intentions of Naturalized Germans: A Case Study in Progress, in: *International Migration Review*, 34: 2, 560–567.

Wüst, Andreas M. 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Opladen.

Wüst, Andreas M. 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: *German Politics*, 13: 2, 341–359.

Wüst, Andreas M. 2006: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: *Der Bürger im Staat*, 4/2006, 228–234.

Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic 2009: Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland, in: *Linden, Markus/Thaa, Winfried* (Hrsg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*, Baden-Baden, 201–218.

Wüst, Andreas M./Saalfeld, Thomas 2011: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in: *Edinger, Michael/Patzelt, Werner J.* (Hrsg.): *Politik als Beruf*, Wiesbaden, 312–333.

Wüst, Andreas M./Schmitz, Constanze 2010: Zwischen migrationsspezifischer Prägung und politischer Opportunitätsstruktur: Abgeordnete mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten seit 1987, in: *Weißeno, Georg* (Hrsg.): *Bürgerrolle in der Einwanderungsgesellschaft – Chancen des Politikunterrichts*, Bonn, 127–143.

Impressum

Herausgeber:

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel. 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de

Verantwortlich:

Rolf-Dieter Schnelle

Gestaltung:

KALUZA+SCHMID GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2013



Der Autor

Martin Weinmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projektbasierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Ein Schwerpunkt der Forschungsvorhaben liegt auf dem Themenfeld Bildung. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören weitere sechs Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de/Forschungsbereich